

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 15.— Mk., vierteljährlich 45.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 6.— Mk., von auswärts 7.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 16.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 109

Mittwoch, den 10. Mai 1922

13. Jahrgang

## In Erwartung der russischen Antwort.

Der russische Delegierte Rakowski erklärte gestern abend, daß die Antwortnote der russischen Delegation sich auf durch- aus praktischen Bahnen bewege und eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden werde, allerdings müsse die russische Delegation die Forderung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen. Die Uebergabe der russischen Antwort wird für heute erwartet.

Die Agentin Stefani weist auf die vermittelnde Tätigkeit der italienischen Delegation und besonders des Außenministers Schanzer hin, der eine juristische Formel für den Artikel betreffs des Privateigentums in Rußland vorgeschlagen habe. Nach Schanzers Vorschlag soll der Grundsatz des russischen Staatsbestandes der nationalisierten Güter formell anerkannt werden, während andererseits den früheren Besitzern die Nutznießung der Güter selbst zugesichert werden soll.

Im Auftrage des Präsidenten der Konferenz ist der russische Delegation ein pro memoria überreicht worden, das nähere Ausführungen über die finanziellen Vorteile gibt, die aus dem Abschluß eines Vertrages auf Grund des Memorandums der politischen Unterkommission sich für Rußland ergeben würden. Dieser Schritt ist veranlaßt worden, durch die Unterredung des Außenministers Schanzer mit Tschitscherin. Letzterer hat den Wunsch ausgedrückt, die ihm von Schanzer vorgetragenen Argumente in zusammengefaßter Darstellung zu erhalten. In dem pro memoria wird die Fiktion, die die Mächte Rußland zutommen lassen wollen, näher umschrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorschlägen nicht um eine Reihe von platonischen Zugeständnissen handelt, sondern im Gegenteil um ein praktisches System zum Wiederaufbau Rußlands.

## Frankreichs Hoffnungen auf das Bündnis mit England.

Wie Savas halbamtlich veröffentlicht, wird in offiziellen französischen Kreisen angenommen, daß die englische Delegation sich in Genua bemühe, die Verhandlungen mit den Delegierten von Moskau wieder aufzunehmen, falls diese nicht mit einem kategorischen Nein antworten würden. Die französische Regierung sei fest entschlossen, ihre Solidarität mit Belgien aufrechtzuerhalten, die Entente zwischen Vändern, heißt es weiter, habe niemals die Unterordnung des einen unter das andere bedeutet. Man darf sich nicht wundern, daß die gegenteilige These in Genua verbreitet und heimtückisch von den ausgesprochenen Gegnern Frankreichs unterstützt wird. Sollte jedoch das Unmögliche wahr sein und die englische Regierung eine derartige Stellung einnehmen, so glaubt man allgemein, daß die öffentliche Meinung in Frankreich sie als absolut unannehmbar bezeichnen werde. Trotz des Zornes einiger englischer Blätter bleibt man in politischen Kreisen Frankreichs überzeugt, daß die große Mehrheit des englischen Volkes der Entente cordiale tief ergeben sei. Man sei der Ansicht, daß die demnächstige Reise König Georg V. zum Besuch der britischen und französischen Soldatenfriedhöfe eine Gelegenheit bieten werde, die beiden Vänder an die gemeinsamen Opfer zu erinnern, die sie mit einander verbünden.

## Der Dokumentenprozeß.

Die Kämpfer für das „Reich Gottes“.

Die Verhandlungen über die Eisner'schen Dokumente fanden in der vorigen Woche ihr Ende. Die Verkündung des Urteils wird am 11. Mai erfolgen. Der Vertreter des Privatklägers stellte heute abend in seinem Plaidoyer fest, daß die Weigerung des Auswärtigen Amtes, den Fürsten Bismarck und den Freiherrn von Eckardstein vom Amtsgeheimnis zu entbinden, das Bild wesentlich zugunsten der klägerischen Partei verschoben habe. Die Verhängnisvolle Anklage zur diplomatischen Lüge habe den Beklagten das Recht genommen, sich jemals über einen politischen Gegner ein Urteil anzumachen. Der Prozeß habe die drei Kernpunkte des Problems mit aller Klarheit zutage gefördert: Eine objektive Entstellung der durch Eisner veröffentlichten Dokumente liegt zweifellos vor. Subjektiv fehlte bei Eisner der Wille und das Bewußtsein der Fälschung. Fehrenbachs Mittäterschaft und Mitverantwortlichkeit muß klipp und klar verneint werden.

Am letzten Verhandlungsnachmittag mißfiel sich ein verböhlischer Unterton in die Debatte. Die Anwälte waren im Begriff, sich auf einer mittleren Linie zu einigen: „Abgesehen von der Verantwortlichkeit der Einzelperson stellen wir fest: Die Urkunde des Legationsrates Schön war eine Unterlage des Versailler Friedensvertrages. Der Beweis

der objektiven Fälschung hat in diese Grundmauer eine Bresche gelegt. Wir haben diesen Beweis gemeinsam geführt aus ehrlichem Herzen. Meinen wir also die Hände.“ Da der Schlag der Beklagte, der geistige Vater der bayerischen nationalistischen Hebe, Professor Cohnmann, die sich anbahnende Verständigung. Er schloß seine an die Merikal-antifemistische Obrerschaft des Gerichtslandes gerichtete Rede mit den Worten: „Wir kämpfen letzten Endes für das Reich Gottes, Eisner und Fehrenbach aber waren aus dem Reich des Teufels. Es ist unsere Pflicht, sie moralisch zu vernichten.“

Damit schloß die Verhandlung.

## Die Deutschen im polnischen Oberschlesien.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages machte Staatskommissar Göppert Mitteilung von den wichtigsten Bestimmungen des mit den Polen auf Grund der Genfer Entscheidung abgeschlossenen Oberschlesienabkommens, das in etwa 14 Tagen unterzeichnet wird. Wünschenwert sei es, wenn Deutsche in Polnisch-Oberschlesien die polnische Staatsangehörigkeit erwerben und den Winderheitenschutz in Anspruch nehmen. Nur so könnten sie den ihnen zukommenden Einfluß in Polen erringen.

## Die Hohenzollern als Landesverräter.

Wir haben gestern bereits nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie über den deutschnationalen Vorwurf des Landesverrats erhoben ist. Wenn die „Danziger Allgemeine Zeitung“ aber Landesverräter im deutschen Volke suchen will, dann braucht sie doch einmal die Familiengeschichte der Hohenzollern durchzugehen. Diese haben sich nie gescheut, mit dem „Erbsind“ Beziehungen anzuknüpfen, wenn dabei ihre dynastischen Interessen gewahrt wurden. Der sogenannte „Große“ Kurfürst von Brandenburg unterstellte z. B. die Annekktion des deutschen Elsaß durch Ludwig XIV. von Frankreich, weil Brandenburg vom französischen König einen kleinen Bissen abbekam. Die „Goldselige“ Königin Luise war damit einverstanden, daß die Junker in Preußen sich mit Napoleon in Verbindung setzten, um den verhassten Reformminister Freiherrn v. Stein zu stürzen. Sie spielten den Franzosen Briefe Steins in die Hände, in welchem er abfällige Bemerkungen über Napoleon gemacht hatte. Die Königin Luise war mit diesem junkerlichen Landesverrat einverstanden, da sie Stein deshalb fürnte, weil dieser gegen ihre Verschwendungssucht aufgetreten war.

Und daß sich die Hohenzollern auch noch in unsern Tagen den Teufel um das Deutsche Reich scherten, wenn sie nur ihre Hausmacht in Preußen aufrecht erhalten konnten, zeigten die Veröffentlichungen des ehemaligen Kronprinzen, die die bürgerliche Presse in diesen Tagen brachte. Er schildert in höchst sensationeller Aufmachung und mit reichlicher Wirkung auf loyale Tränenrisen die Vorgänge, die sich am 9. November 1918 im kaiserlichen Hauptquartier abgespielt haben. In dramatischer Kontrastierung werden uns zwei Gruppen vorgestellt: Auf der einen Seite die schlappen Generale Hindenburg und Groener, auf der andern die forschenden, schneidigen Kerle Schulenburg und der Herr Verfasser selbst, in der Mitte der in graugelben Farben spielende, heftig gestikulierende, sich übersprudelnde, verströmt und immer unentschlossene Kaiser. Man bewundert den Geschmac des exkronprinzlichen Verfassers, der seinen eigenen Vater als Fotte benutzt, um sich von ihr desto heller als Verkörperung aller Helldenhaftigkeit abzuheben. Aber diese Schilderung des 9. November in Spa ist noch aus ganz andern Gründen interessant.

Was wollten denn Schulenburg und der damalige Kronprinz? Wenn es ging, wollten sie mit monarchistisch gebildeten Truppen nach Deutschland marschieren und die Revolution niederschlagen. Ging das aber nicht, und sie sahen wohl selber ein, daß es nicht ging, dann hatten sie noch einen andern letzten Rettungsplan, für den sie auch Wilhelm II. gewonnen hatten. Die deutsche Kaiserkrone sollte äußerstenfalls aufgegeben werden, um die preussische Königs-krone zu retten. In diesem Sinne wurde denn auch ein Schriftstück redigiert und telephonisch nach Berlin hinübergegeben, in dem Wilhelm II. seine Bereitwilligkeit ausdrückte, als Kaiser abzudanken, aber betonte, daß er König von Preußen bleiben wolle. Als Staatssekretär v. Sinje dieses Schriftstück nach Berlin übermitteln wollte, wurde er durch die Mitteilung unterbrochen, daß bereits durch Prinz Max von Baden der Thronverzicht des Vaters wie des Sohnes im Reich und in Preußen bekanntgegeben worden sei, und daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ebert das Reichskanzleramt übernommen habe.

Es war wahrhaftig höchste Zeit! Denn wäre nicht am 9. November in Berlin die Republik proklamiert worden, und hätten nicht die Sozialdemokraten die Regierung übernommen, so wäre durch den Verrat der Hohenzollern das Schicksal des Deutschen Reiches befestigt gewesen, das Deutsche Reich hätte an diesem

Tag aufgehört, zu sein. Denn was bedeutete es, wenn der Plan gelang, wenn Wilhelm II. aufhörte, Kaiser zu sein, aber König von Preußen blieb? Das bedeutete nichts anderes, als daß die Reichseinheit dem dynastischen Familieninteresse der Hohenzollern zum Opfer gebracht worden wäre. Der Grundgedanke war: Mag dieses Reich von Bismarcks Gnaden ruhig zum Teufel gehen, wenn wir nur weiter auf unserm angestammten preussischen Königsstern sitzen bleiben dürfen.

Und dieser Gedanke ist echt altpreussisch, echt schulen- burgisch, echt hohenzollerisch. Hatte nicht Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone abgelehnt, weil sie mit dem „Ludergeruch der Revolution“ behaftet war? Hatte nicht Wilhelm I., als ihm der Kaiserplan Bismarcks vorgetragen wurde, geknurr: „Was soll mir der Charaktermajor?“ Hatte nicht einer der Paladine, der preussische Kriegsminister v. Moön, nach der Kaiserproklamation im Spiegelssaal von Versailles die höhnenenden Worte geschrieben: „Ist nun das Kaiserthum endlich aus dem Ei gekrochen?“ Den Hohenzollern, die sich ganz als Könige von Preußen fühlten, war die Kaiserwürde nicht mehr, als eine Mehrung des Glanzes der Familie, gegen die der Großvater noch ganz gleichgültig war und die erst den prunkbedürftigen Enkel angenehm kitzelte. Aber schließlich, wenn das Reich zum Teufel ging, was weiter? Man legte eben den neumodischen Kaiser- mantel ab und behielt den altgewohnten preussischen Königs-mantel. Das Reich — was ist das? Ja, wäre jener groteske Plan, sich mit dem Schicksal mit 50 Proz. anzugleichen, gelungen, dann gäbe es heute wohl noch eine königlich-preussische Hohenzollern-Dynastie, aber kein Deutsches Reich mehr. Verzichtete Wilhelm II. auf die Kaiserwürde und blieb er König von Preußen, dann war der Fürstentvertrag, auf dem das alte Deutsche Reich beruhte, zerrissen, die Reichs- verfassung gesprengt, es gab kein Deutsches Reich mehr, sondern nur noch ein Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz usw. Damit wäre im dynastischen Interesse der Hohenzollern genau das- selbe vollbracht worden, was Clemenceau an- gewollt hatte und was ihm die deutsche Republik verdarb: der Zerfall des Reiches. Der Zerfall des Reiches, das wäre der vollkommene Triumph des französischen Imperialismus gewesen. Dann gab es bei den Friedensverhandlungen keine Reichsregie- rung mehr, mit der man zu unterhandeln hatte, son- dern nur noch Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen usw. Welche herrliche Gelegenheit wäre das gewesen, den Spalt bis zur völligen Zersplitterung weiterzutreiben, einen gegen den andern auszunip- len und einen Teil des Reiches zur französischen In- teressensphäre zu machen, wie es zu Zeiten Napoleons und des Rheinbundes gewesen war? Bedeutet doch die Geschichte der ganzen Zeit Napoleons I. nichts anderes als den fortgesetzten Versuch der deutschen Lan- desfürsten, durch Preisgabe aller gemeinsamen deut- schen Interessen das eigene Thronchen zu retten. Dieses Schauspiel sollte sich jetzt wiederholen, wenn es nach dem Willen Clemenceaus und der reichsverräte- rischen Hohenzollern ging.

Wenn es anders gekommen ist und die Einheit Deutschlands erhalten blieb, so ist das nur der Sozial- demokratie zu verdanken, die in den Revolutions- monaten den großdeutschen Gedanken gegenüber mon- archistischen und Merikalen Absplitterungsversuchen aufrecht erhielt. Die Monarchisten haben sich nie ge- scheut, die Interessen des Volkes zu verraten, wenn dabei für die einzelnen Fürsten etwas heraussprang. Das Deutsche Reich aber ist erst in der Republik wirk- lich entstanden, und nur im Kampf gegen den Mo- narchismus wird es sich weiter erhalten und ent- falten.









